



Deutschland im Jahr 2015:

Glanzeleistungen demokratischer Regierungskunst

Der Mindestlohn kommt!

Das Jahr beginnt mit einem großen Triumph der kleinen Koalitionspartei, die amtierende Ministerin für soziale Belange platzt vor Stolz aus allen Nähten: „Zehn Jahre streiten wir uns nun über das Für und Wider eines Mindestlohns und jetzt kommt er“ – ab dem ersten Januar gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Frau Nahles hält es für „nicht übertrieben, zu behaupten: Wir setzen heute einen Meilenstein in der Arbeits- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland.“

Was ist daran eigentlich so großartig?

Zunächst schlicht die Tatsache: dass sie den Mindestlohn überhaupt verwirklicht, d.h. mit aller staatlichen Macht durchgesetzt hat. Schließlich weiß jeder, gegen wen sie ihn durchgesetzt hat: vor allem gegen die versammelte deutsche Unternehmerschaft, die lange Zeit hartnäckigen Widerstand geleistet hat. Mit einem einzigen, so schlichten wie schlagenden Argument: ihrem privaten Gewinninteresse. So enthält das Selbstlob der Ministerin ein paar interessante Klarstellungen:

Erstens die, dass in dem Land, das sie mitregiert, das Interesse von Unternehmern an beliebig schlechter Bezahlung ihrer Dienstkräfte zur Verbesserung ihrer Gewinnkalkulation als maßgebliches Prinzip allen Wirtschaftens gilt. Zweitens bekennt sich die Ministerin fürs Soziale zu der ganz außerordentlichen Stellung dieses Partikularinteresses, von der die Unternehmer ihrerseits mit ihrer Drohung einfach ausgegangen sind, die sie für den Fall der Einführung des Mindestlohnes in den Raum gestellt haben: Zwingt man sie beim Löhne-Zahlen zur Einhaltung irgendeiner Untergrenze, behalten sie sich vor, die Löhne eben ganz zu streichen, also mit den Arbeitsplätzen deren ‚Besitzern‘ die Existenzgrundlage zu nehmen. Für ihren privaten Materialismus beanspruchen diese selbstbewussten Damen und Herren, dass dieser zugleich viel mehr als ein solcher ist – deshalb heißen sie ja auch ‚die Wirtschaft‘. Wenn schon von ihren Gewinnen abhängt, ob der Rest des Volkes überhaupt leben darf, dann sind niedrige Löhne nicht nur im Interesse ihres Gewinns, sondern glatt noch ein Dienst an denen und daher im Interesse derer, die von solchen Löhnen nicht leben können. Die Frau Sozialministerin, deren Beruf das politische Kommando über diese Gesellschaft ist, geht völlig selbstverständlich von dieser Abhängigkeit der ganzen Gesellschaft vom materiellen Privatinteresse der unternehmerischen Minderheit, von der materiellen Unterwerfung aller anderen unter deren ökonomisches Kommando, aus. Sie erklärt diese Abhängigkeit kraft ihres Amtes zum Sachzwang, der gilt. Und was sie da anerkennt, bereitet ihr zugleich Sorgen.

Als Ministerin fürs Soziale ist sie nämlich von Amtes wegen um die Lage der Geringverdiener schwer besorgt: Da gibt es „Millionen von Menschen, die fleißig arbeiten, aber bisher billig abgespeist wurden“; Leute mit Vollzeitarbeit und trotzdem immer noch Hartz-IV-Fälle. Darin sind sie für Frau Nahles ein doppeltes Problem.

Einerseits ein menschliches. Sie sieht in der für Millionen von Menschen gültigen Gleichung von Arbeit in Vollzeit und einer Entlohnung unterhalb des Existenzminimums einen einzigen skandalösen Widerspruch – Fleiß gegen billiges Abpeisen, das haben die Beschäftigten nicht verdient. Und zwar in einer viel edleren als in schnöder materieller Hinsicht: Verdient hat der Mensch laut Frau Nahles, „dass, wer Vollzeit arbeitet, auch von dieser Arbeit leben können muss“. Und das heißt: Bei so tatkräftigen wie verzichtsbereiten Existenzen ist ein Mindestlohn „nicht geschenkt, sondern verdient“. Dass Menschen, die nicht bis zum Anschlag arbeiten, in diesem Land auch keine materielle Existenz

zu erwarten haben, ist als moralischer Grundsatz abgehakt. Wenn aber massenhaft Leute, die dieses selbstverständliche Kriterium erfüllen, der Gemeinschaft trotzdem auf der Tasche liegen müssen, dann verletzt das eindeutig deren Würde. Die Menschenwürde fordert nämlich, dass unbedingter Fleiß und Verzichtsbereitschaft zumindest mit einem Existenzminimum entgolten werden: Auf so viel Anerkennung als nützliche Bürger haben auch die prekärsten Existenzen ein Recht.

Was allerdings noch gar nicht heißt, dass aus diesem Recht auch Wirklichkeit wird – es ist eben bloß ein moralisches. Es gibt da aber noch ein weiteres, und zwar echt materielles Problem, das der Würde der armen Leute ein politisches Gewicht gibt. Das haben die staatlichen Sozialkassen:

„Das Gesetz schützt Beschäftigte im Niedriglohnssektor vor Dumpinglöhnen und verringert so die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitbeschäftigung auf Sozialleistungen angewiesen sind.“

Erstens also sind die Sozialkassen nicht dafür da, dass sie von Bedürftigen in Anspruch genommen werden – schon gar nicht in steigendem Umfang. Und zweitens erst recht nicht dafür, dass die Arbeitgeber die Sozialkassen systematisch in ihre Lohndrückerei einpreisen. Dann wird aus einem standortnützlichen ‚Niedriglohnssektor‘ ein Vergehen namens ‚Dumpinglohn‘ und aus „Lohnaufstockungen“ vom Sozialamt die Subvention unfairer Konkurrenzmethoden der Unternehmer.

Also zweimal Für, einmal Wider: Die Abwägung zwischen diesen konkurrierenden Werten – legitime materielle Interessen von Gewicht, Menschenwürde, Staatsfinanzen – ist im reichsten Land Europas per se schon schwierig genug. Und eine eigene Herausforderung für die Regierung allein schon deswegen, weil das Kräfteverhältnis zwischen den Beteiligten auch schon klar ist.

Durchzusetzen ist ein Mindestlohn sowie so nur von Staats wegen gegen die Wirtschaft und ihre Lobby. Dass die Arbeitgeber den Teufel tun werden, sich an ein neues Gesetz zu halten, bloß weil es die Regierung per hoheitlichen Beschluss erlassen hat, dass der Mindestlohn also bloß einer „auf dem Papier“ bleibt, der „niemandem nützt“, wenn er nicht auch irgendwie „in der Wirklichkeit“ ankommt – das ist Frau Nahles völlig geläufig. Und das ist schon ein starkes Stück, denn immerhin bekennt sich hier die Vertreterin des staatlichen Gewaltmonopols zur Macht des Unternehmerinteresses, dessen Gültigkeit sie selbstverständlich anerkennt. Deshalb muss der Mindestlohn zwar gegen die Unternehmer durchgesetzt und seine praktische Einhaltung kontrolliert werden – dafür klopft sich die Frau jetzt schon stolz auf die Schulter –, aber allzu nahe treten will sie der Unternehmerschaft damit keinesfalls: „Natürlich nehmen wir die Sorgen vieler Arbeitgeber ernst.“ Es wäre ja auch noch schöner, wenn die Mit-Inhaberin des politischen Kommandos über den Standort den Inhabern des ökonomischen Kommandos im Lande das Wasser abgraben wollte. Das herrschende materielle Interesse wird nicht mit dem Verweis auf das Gewaltmonopol niedergebügelt und die neue Rechtslage durchgesetzt, vielmehr betont die zuständige Ministerin, dass beim gesetzlichen Einspruch gegen grenzenlose Lohndrückerei das Einverständnis mit den Arbeitgebern gesucht wird.

Durchzusetzen ist ein Mindestlohn vor allem aber nur – und das streicht Frau Nahles besonders gerne heraus – von der mitregierenden Sozialdemokratie gegen die Verfechter der Arbeitgeberinteressen in der Mehrheitsfraktion der großen Koalition. Woraus gleich dreierlei hervorgeht:

► Fortsetzung Seite 2

VORTRAG & DISKUSSION

Der Fall Griechenland

Fünf Jahre Krise und Krisenkonkurrenz: Europa rettet sein Geld, Deutschland seinen Euroimperialismus

Referent: Jonas Köper
Co-Autor des vorgestellten Buches

Veranstalter: GegenStandpunkt-Verlag

FRANKFURT: Mittwoch, 20. Januar 2016, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
nähe HBF, Zugang über den Hof

MARBURG: Donnerstag, 21. Januar 2016, 19 Uhr
Kulturladen KFZ, Schulstraße 6

Eintritt frei!

Die machtvollen Lektionen in Sachen Geld oder Souveränität in der EU, welche die deutsche Regierung im „Fall Griechenland“ der renitenten Regierung von Tsipras und Varoufakis erteilt hat, haben einige kritische Stimmen empört. Andere haben sich mit alternativen Rezepten zu Wort gemeldet, wie man die Griechenland-Affäre auch etwas volksfreundlicher bewältigen könnte. Taugen tut beides nichts.

Was die Empörung über das Elend anbelangt, ist bemerkenswert: Kein Wort fällt über die politischen Gründe, kein Satz über die Zwecke, die Deutschland damit verfolgt. Für die Antwort, dass die deutsche Regierung etwas Ungehöriges getan hat, braucht man in der Tat nicht mehr, als seine ganz eigene Vorstellung davon, was sich da zwischen den Staaten gehört und welche Idee das „Projekt Europa“ eigentlich verfolgt; vom Treiben des maßgeblichen Subjekts in der ganzen Sache muss man dann keine Ahnung haben, um Europa mit der guten Meinung über dieses Projekt zu vermessen. So sieht die Kritik dann auch aus: Sie ergeht sich in einer einzigen Klage über die engstirnige oder ungerechte deutsche Regierung, die so „unseren guten Ruf in Europa“ kaputt macht. Für diesen Stoßseufzer nach humanerer Europolitik inszeniert man täglich die Opfer, für die man ideell Partei ergreift, um Merkel und Co. zu blamieren. Das nützt zwar praktisch niemandem, aber moralisch darf man sich ungeheuer im Recht fühlen.

Und dass solche Stimmen dann aufleben, wenn die eigene nationale Führung ein Problem hat – und sie in sich zusammenfallen, wenn Merkel und Co. es praktisch im Griff haben, passt zum Prinzip dieser Aufregung. Genau wie die zahllosen gut gemeinten, diskutierten oder verworfenen Rezepte, die nichts als Alternativen der Macht sind: ein paar nachgelassene Schulden für den griechischen Staat hier, etwas mehr frischen Euro-Kredit für griechisches Wachstum dort – das sind so die regierungskritischen Vorschläge für eine bessere Welt mit Euro, EU und Merkel, die allesamt auf die Rettung deutscher Geld- und Führungsmacht berechnet sind – inklusive einem humanitären Gestus, dass damit sogar noch ein wenig soziale Elendsbetreuung in Griechenland drin wäre.

An der ideellen Suche nach Lösungsvorschlägen, an den kritischen Bedenken hinsichtlich der ‚Erfolgsaussichten‘ der erreichten Übereinkünfte sowie an den Klagen über die fehlende Verantwortung der Verantwortlichen beteiligt sich die Veranstaltung nicht. Sie stellt einige Argumente gegen das innereuropäische Ringen zur Diskussion, das nicht nur den Griechen Probleme macht. Und erklärt, warum im Europa des 21. Jahrhunderts mit moralischer Betroffenheit oder ein paar konstruktiven Vorschlägen keinesfalls etwas daran zu ändern ist – und deswegen unbedingt zu ändern wäre.

Köper, J. / Taraben, U.

Der Fall Griechenland

Fünf Jahre Krise und Krisenkonkurrenz

Europa rettet sein Geld – die deutsche Führungsmacht ihr imperialistisches Europa-Projekt



Alle Welt weiß: Griechenland ist ein Problem. Aber was für eins? Ein humanitäres? Ein finanzwirtschaftliches? Ein ordnungspolitisches? Eines für den Euro? Für Brüssel? Für Deutschland? Für die Griechen? Was für eins auch immer: Alle Welt kennt, vermisst, wünscht, fordert – eine Lösung. Der Suche nach Lösungsvorschlägen verweigert sich die hier vorgelegte Aufsatzsammlung. Sie erklärt den innereuropäischen Imperialismus, der nicht nur den Griechen Probleme macht. Und warum der alles andere als Lösungsvorschläge für seine Probleme verdient.

134 Seiten, 10 €
GegenStandpunkt Verlag, ISBN 978-3-929211-15-3
www.gegenstandpunkt.com

Glanzeleistungen ... ► Erstens ist das materielle Interesse der Unternehmer hierzulande nicht bloß anonymer Sachzwang und Gegenstand von Lobby-Arbeit, sondern selbstverständlicher fester Bestandteil der politischen Verantwortung, die gewissenhafte Parlamentarier fürs Gemeinwohl tragen. Gerade deswegen braucht es gewissenhafte Sozialdemokraten, die sich als mitregierende Genossen für eine Korrektur am derart herrschenden Interesse verdient machen.

Zweitens gebietet das sozialdemokratische Gewissen, sich beim Einsatz für die sozial Schwachen auf keinen Fall an den Verhältnissen zu vergreifen, die dauernd „sozial Schwache“ produzieren, sondern auf *deren Stabilität* hinzuwirken:

„Das Gesetz, das uns heute vorliegt, ist gut geworden und ein notwendiger Schritt. Es schafft sozialen Frieden und mehr soziale Stabilität, es schafft ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Es ist wichtig und richtig, (...) dass Millionen Menschen endlich ihren verdienten Lohn bekommen. Das ist moderne soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert.“

Für nicht weniger, aber auch für nicht mehr als eine Korrektur an den herrschenden Interessen treten tapfere Sozialdemokraten ein: für Korrekturen, die den herrschenden Verhältnissen und der fraglosen Macht der geltenden ökonomischen Interessen einen modernen Zuschnitt und Haltbarkeit fürs laufende Jahrhundert garantieren sollen. Dafür wird unablässig immer noch ein „Stück soziale Gerechtigkeit“ durchgesetzt – 8,50 Euro die Stunde ganz ohne Gang zum Sozialamt! – und die Sicherung des sozialen Friedens beschworen, von dem jeder weiß, dass ihn

vielmehr in gemeinsamer Anstrengung gerettet. Kleingekriegt haben sie die griechische Regierung, die das höchste Gut verspielt hat, das in Europa zu haben ist: das Vertrauen der Regierenden in Berlin. Geschäft haben das Tsipras und Co. mit „taktischen Spielchen“ – gemeint sind verzweifelte Versuche der zu Jahresbeginn ins Amt gewählten, nach deutschen Begriffen ganz, ganz linken Mannschaft in Athen, von ihren volksfreundlichen Wahlversprechen wenigstens ein bisschen was, wenigstens einen Schein von Erfolg vor dem aus Brüssel verordneten „Reformkurs“ zu retten. Politiker, die nach der Wahl ernst nehmen, was sie vorher als alternativlos beschworen haben, sind demokratisch unzurechnungsfähig und keine seriösen Verhandlungspartner für die in Deutschland regierenden Anwälte der reinen ökonomischen Vernunft und der „Schwarzen Null“ im Staatshaushalt. Schon gar nicht, wenn der griechische Populismus in Gestalt eines Finanzministers daherkommt, der seine Kollegen als Wissenschaftler mit Argumenten zu Währungsfragen zu überzeugen sucht, also mit einer Besserwisseri nervt, hinter der doch gar nichts anderes als die Ohnmacht eines Staatsbankrotts steht. Wohingegen die Macht des Gläubigers dem Standpunkt der Berliner Reformpolitiker Recht gibt, dass Griechenland seinen Verbleib in der Euro-Zone mit „Sparmaßnahmen“ zu bezahlen hat, die den Lebensunterhalt des Volkes auf das Maß der verlorengegangenen Konkurrenzfähigkeit des Landes und der akkumulierten Defizite seiner Banken und seiner Herrschaft reduzieren.

Letzteres hat Berlin also am Ende doch noch durchgesetzt gegen eine nach allen Regeln der agitatorischen Kunst geächtete Regierungsmannschaft, die ihrem Volk die segensreiche

griechische Volk sich denken, was es will: Dem deutschen Volk wird diese Aufklärung über den Gegensatz zwischen „Wettbewerbsfähigkeit“ und Geldwert auf der einen Seite, auskömmlichen Masseneinkommen auf der anderen Seite in Form eines *Kompliments* verabreicht – eines Lobs der Regierung *für sich selbst*: Bei ihren eigenen Landeskindern hat sie rechtzeitig dafür gesorgt, dass die von den Massen mit ihren Lohnstückkosten verdienten und die vom Staat fürs Volk verwendeten Summen klein genug ausfallen, sodass sie dem Erfolg des Kapitalstandorts und dem Wert seines Geldes nicht in die Quere kommen. In der Kindersprache, die sich die Regierung für ihre Kommunikation mit dem Volk zugelegt hat: *Sie* hat „ihre Hausaufgaben gemacht“, rechtzeitig und erfolgreich. Deswegen traut sie sich auch, ihrem Volk gleich den Widerspruch zuzumuten, dass besagte „Hausaufgaben“ das Beste für „uns alle“ zum Inhalt haben: „Unser Geld“ hat seinen Wert bewahrt. Was für ein schöner Erfolg: Summe klein, aber dadurch Einheit stabil! So schafft das Possessivpronomen mit seiner Doppeldeutigkeit Einheit zwischen Führung und Volk – und klärt den Blick auf das griechische Problem: Dort muss das Volk an Entbehrungen nachholen, was eine falsche Politik ihm erspart hat, damit der Euro, „unser aller“ Euro, seinen Nennwert behält. Andernfalls muss man ihn dem Land dort wegnehmen, damit die anderen Völker für ihre rechtzeitigen Entbehrungen wenigstens von der Stabilität des Euro etwas haben, wenn schon nicht von der Anzahl, die die Mehrheit in die Finger kriegt. Und weil Griechenlands Regierung sich auf den Standpunkt versteift, noch weniger Euro fürs Überleben wären ihren Volksmassen nicht zuzumuten, bleibt im Grunde nur eins: der „Grexit“. „Dann ist es eben vorbei.“

So weit, so klar: die eine Seite des „Spagats“.

Auf der anderen Seite des breitbeinigen deutschen Auftritts stehen, als Sorgeobjekt der Kanzlerin, *Europas Werte*. Genauer: Europa als Wert; insbesondere der Euro als „stärkster Ausdruck unseres Willens, die Völker Europas wirklich im Guten und Friedlichen zu vereinen“. Was für ein schönes Bekenntnis: Deutschlands Idealismus der freiwilligen Einigung des Kontinents setzt auf die Notwendigkeit, ein und dasselbe „gute Geld“ zu verdienen; friedliche Subsumtion der Völker Europas unter ein einheitliches Regime geht nicht mit Gewalt; das funktioniert nur mit dem Sachzwang der Konkurrenz um ein und dieselbe Währung. Darauf setzt die Kanzlerin in ihrem gar nicht idealistischen Europa-Einigungs-Programm so fest, dass sie dafür plädiert, mit dem *Geld* die *Einheit* Europas zu retten. *Dafür* muss dann auch schon mal eine Summe her: Wenn die Griechen einsehen und akzeptieren und ihre Herrschaft beschließen lassen, dass der Euro nicht für sie und ihr Überleben da ist, *dann* kann er für die Einheit der Völker Europas da sein und ausnahmsweise in größerer Menge ausgeliehen werden. 86 Milliarden Kredit – an wen? Egal. An „die Griechen“ jedenfalls nicht. Umgekehrt: Auf deren nationales Schuldenkonto werden die 86 Milliarden jedenfalls gebucht. Und diese großherzige Tat erklärt die Berliner Regierung ihrem Volk als notwendiges *Opfer*, das *sie* stellvertretend für ihr gutgesinntes Volk bringen muss, um des Ideals einer gesamteuropäischen Völkergemeinschaft willen. Entscheidend daran: Deutschland lässt die ökonomischen Muskeln spielen – das Volk, das sich mittels Erledigung der anstehenden „Hausaufgaben“ für die nötige Muskelbildung hat benutzen lassen und weiter benutzen lässt, darf stolz darauf sein, dass „wir“ Europas Führungsmacht sind.

Unter dem Strich lautet also die große Leistung, die die Kanzlerin ihrem Publikum vermeldet: Die griechische Schuldenkrise war eine ungemein schwierige Herausforderung an die deutsche Regierungskunst, von deren Bemeisterung Wohlstand und Werte des Euro- und Europa-Bürgers abhängen. Dementsprechend großartig ist also die Härte und Unerbittlichkeit zu verstehen, mit der die Berliner Regierung die Problemlage zu Lasten ihrer unwürdigen griechischen Kollegen bereinigt hat; womit sie nebenher auch alle kleingeistigen euro- und europakritischen Einwände ihrer hauseigenen Bedenkenträger gleich noch mit in die Schranken weist. Von der politischen Sache, die auf diese Weise zur ultimativen Bewährungsprobe deutscher Regierungskunst aufbereitet worden ist, braucht niemand etwas zu verstehen, um die Hauptsache zu bemerken: Diese Nation ist

zu nichts Geringerem berufen als zur Führung des Kontinents. Dafür lohnen sich die Opfer, die das deutsche Volk im Interesse der Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmer schon längst erbracht hat; und erst recht die Opfer, um die – nicht nur – Griechenland samt Volk wegen der Konkurrenzschwäche seiner Unternehmen sowieso nicht herkommt.

Die Flüchtlingskrise – „Wir schaffen das!“

Im Spätsommer des Jahres läuft die Kanzlerin zur Höchstform auf und verschafft sich mit einem kleinen Satz ihren ganz großen Auftritt. Ihre Botschaft ist angesichts der zunehmend eskalierenden Berichterstattung der deutschen Öffentlichkeit, die die Flüchtlingstrecks auf der Balkanroute begleitet, unmissverständlich: Lesbos, Aylan, Stacheldraht, der Kühllaster, der Budapester Hauptbahnhof ... eine gigantische *humanitäre Katastrophe* bahnt sich an, und sie bewegt sich auf Deutschland zu. So braucht die Kanzlerin nur drei Wörter, um damit dem ganzen Land eine menschlich gebotene Gemeinschaftsaufgabe anzusagen: „*Wir schaffen das!*“ Ein Riesenkompiment, das sie Deutschland damit ausstellt; ein Kompliment an die ganze Nation – an das potente Staatswesen wie alle seine mitfühlenden Insassen gleichermaßen: „*Wer, wenn nicht wir ...*“ kann da wirklich was bewegen und wird diese Flüchtlingskatastrophe bewältigen?

Fragt sich nur: wer denn eigentlich, wenn „wir“?

Von ihrer Kanzlerin angesprochen werden die Deutschen auf einer ganz privaten Ebene, quasi von Mensch zu Mensch: Alle ihre Landeskinde, und sie als eine von ihnen, sind ein wahrhaft humanitärer Samariterverein. Das sagt sie sehr nachdrücklich und halb beleidigt der Nation an: „*Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.*“ Was der Betroffenheit der Frau Merkel freilich überhaupt nur Bedeutung gibt, was ihre Ansage von einer Sonntagspredigt über die Nächstenliebe unterscheidet und zwar gewaltig, ist die Tatsache, dass die Chefin des Landes zu ihrem Fußvolk eben gar nicht einfach menschlich privat spricht. Was ihren Worten das Gewicht verleiht, so dass sich kraft ihrer Ansage in Sachen Katastrophenbewältigung wirklich was bewegt, ist zum einen die *Potenz* der deutschen Nation – und zum anderen, dass *sie* dieser Nation *vorsteht*. Dass sie nicht via Talk-Show und per Spendenaufruf, sondern per Anweisung an ein großes Beamtentum alle Hebel der Kommandogewalt in der Hand hat, und dass die Potenzen, über die sie kommandiert, eine ordentliche Größe haben – *das unterscheidet* sie von allen anderen „Mitbürgern“, die sie so verinnahmend anredet.

Diejenigen, die sich von ihrer Ansage als moralische Individuen in ihrer menschlichen Betroffenheit angesichts des Flüchtlingseleuds angesprochen fühlen, haben von sich aus so gut wie nichts in der Hand, um an der von ihrer Landeschefin angesagten Gemeinschaftsaufgabe mitwirken zu können. Ob sie alleine zur Tat schreiben oder gemeinsam was Nettes organisieren – sie kommen schnell an die Grenzen ihrer privaten Fähigkeiten. Und über irgendwelche Befugnisse verfügen sie schon gleich nicht: Was aus den Flüchtlingen und der Gemeinschaftsaufgabe überhaupt wird, darüber entscheiden praktisch die zuständigen Instanzen, nicht sie.

Das private Engagement ihrer Landeskinde ist der Kanzlerin jedoch sehr willkommen als Belegmaterial dafür, dass sie mit ihrem *Kommando* dem anständigen Deutschen aus dem *Herzen* spricht. Denn nur wegen der Gleichsetzung ihrer hoheitlichen Entscheidung, Flüchtlinge bis auf weiteres in irgendwelchen Lagern zu verstauen, mit dem Aufruhr von Mitleid und Hilfsbereitschaft, der sich im Lande rührt und den die Öffentlichkeit gebührend herausstellt, fällt auf die Nation das großartige Licht eines humanitären Gesamtkunstwerks, das die Regierungschefin „*stolz und dankbar*“ macht: „*Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen*“. Wenn sie dann noch hinzufügt: „*Und das war wahrlich nicht immer so*“ und damit implizit ► **Fortsetzung Seite 4**

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort:	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Jügelstraße 1 (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum:	K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
Zeit:	jeweils Donnerstag um 19 Uhr
Termine:	Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf www.farberot.de veröffentlicht.
Veranstalter:	farbeROT & GEGENSTANDPUNKT Informationen zu weiteren Städten auf www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

in Wahrheit niemand gefährdet. So geht gelebte Sozialdemokratie!

Drittens gilt der Stolz der Ministerin nicht zuletzt, sondern zuerst dem errungenen Triumph im permanenten koalitionsinternen Ringen um die demokratisch wirklich entscheidende Frage: wer sich im Biotop der Regierenden als gestaltende Macht durchsetzt. Dass *sie* das geschafft hat, kann sie gar nicht oft genug betonen:

„*Wir haben in den Koalitionsverhandlungen darauf bestanden, dass, wer Vollzeit arbeitet, auch von dieser Arbeit leben können muss.*“

Das hat sie jetzt geschafft – und damit die politische Sache, für die sie zuständig ist, erfolgreich funktionalisiert für die eigentliche Sachfrage, um die es in der Demokratie andauernd geht: die ad personam gestellte und zu beantwortende Machtfrage. Ein Land, das über eine solche Sozialministerin verfügt, muss sich um den sozialen Frieden jedenfalls keine Sorgen machen.

Griechenland, Euro, Europa – gerettet!

Gegen Jahresmitte hat die Regierung einen europa- und euro-politischen Triumph zu verkünden: Sie hat die Griechen kleingekriegt. Nein, natürlich nicht „die Griechen“ – deren europäische Zukunft haben Merkel und Schäuble

„Roskur“ einer Rettung durch Verelendung vorenthalten wollte. Doch das will die deutsche Führungsmacht in aller Bescheidenheit gar nicht als ihre wahre Leistung gewürdigt wissen. Viel bedeutender ist die fundamentale Bewährungsprobe, die die Berliner Verantwortlichen zu meistern hatten und gemeistert haben: Berichtet wird von einem „Spagat“ zwischen der Rettung des Euro und der Rettung Europas inklusive Griechenland.

Auf der einen Seite steht, als großes Sorgeobjekt, passenderweise anvertraut dem Hüter der „Schwarzen Null“, Minister Schäuble, der *Wert „unseres Geldes“*. Der ist nämlich durch den Gebrauch staatlicher Schulden für die schönsten Lebensbedürfnisse der „einfachen Leute“ gefährdet – grundsätzlich, nicht nur in Griechenland, dort aber exemplarisch. Auf deren Kosten muss er also bewahrt, im Ernstfall gerettet werden – grundsätzlich, nicht nur in Griechenland, dort aber exemplarisch. Das erklärt die Regierung ihrem Volk, setzt es also nachdrücklich in Kenntnis über den grundsätzlichen *Gegensatz* zwischen dem Geld, mit dem die Masse der „kleinen Leute“ über die Runden kommen muss, und dem Geldwert, dem die Regierung verpflichtet ist und um den es an den Finanzmärkten irgendwie entscheidend geht: Kriegt das Volk zu große *Geldsummen* in die Hand, unter denen die „Wettbewerbsfähigkeit“ des nationalen Kapitalstandorts leidet – und erst recht, wenn es die in die Hand kriegt, obwohl das Kapital schon nicht mehr konkurrenzfähig ist –, dann machen die Summen den *Geldwert* kaputt. Dabei mag das

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-15

„Dieselgate“ bei Volkswagen Eine Schönheit kapitalistischen Wirtschaftens auf Weltniveau: Schadensfall Image-Ruinierung

Es ist das Pech des Volkswagen-Weltkonzerns, ausgerechnet deshalb, weil eine kleine Umweltorganisation an seinen Autos die Möglichkeit sauberer Dieselmotoren demonstrieren will, ins Visier strenger amerikanischer Umweltbehörden zu geraten und schließlich systematischen Emissionsbetrug per Softwaresteuerung des Motors eingestehen zu müssen. Nun wird der Skandal immer größer, je genauer hingeschaut wird. Nicht nur in den USA, auch in Europa und weltweit ist die Software in rund elf Millionen VW-Dieselfahrzeugen installiert, die zwischen dem Rollstand eines Prüflabors und dem Asphalt eines Highways zu unterscheiden weiß und je nach Bedarf für geschönte Abgaswerte oder für beeindruckende Leistungsdaten des Motors sorgt. Zwischenzeitlich werden außer eklatant hohen Stickoxid-Werten beim Diesel auch noch nach unten korrigierte CO₂-Werte beim Benziner entdeckt. Dann weitet sich die Abgasaffäre auf Fahrzeuge der Marken Audi und Porsche aus, die offenbar ebenfalls eine Motorsoftware eingebaut haben, die nach US-Bestimmungen illegal ist.

Die bloße Tatsache, dass ein großer Autokonzern mit systematisch praktizierten Manipulationen Datenfälschung betreibt, wundert allerdings niemanden ernsthaft. Dass die Herstellerangaben zu Verbrauchs- und Emissionswerten ihrer Modelle mit den auf der Straße gemessenen Werten nichts zu tun haben, ist seit Jahren genauso bekannt wie die Praxis der Autoindustrie, speziell für die Zulassung getunte Kfz-Modelle auf die vom Staat vorgeschriebenen Laufstände zu stellen. Für großes Entsetzen sorgt etwas ganz anderes ...

Fracking in den USA Eine Studie über das innige Verhältnis von Geschäft und Gewalt – made in the USA

Ein großes amerikanisches Geschäft ...

Seit einigen Jahren hat die Welt den rasanten Aufstieg einer neuartigen Technologie zur Gewinnung von „unkonventionellen“ Öl- und Gasressourcen in den USA kennengelernt – und damit auch ein neues Fremdwort: „Fracking“. Zwar wird die Technologie schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sporadisch angewendet, aber im kapitalistischen Sinne produktiv, nämlich rentabel, ist ihr Einsatz erst neulich geworden. Das liegt erstens am beachtlichen Fortschritt in der Bohrtechnik selber, der ihre Anwendung entschieden verbilligt hat; zweitens an den jahrelang hohen Weltmarktpreisen für Öl und Gas, bei denen sich auch teurere Förderungstechniken rentieren; drittens und vor allem an kapitalkräftigen Investoren, die in den technischen Potenzen der Fracking-Firmen und der günstigen Marktlage eine attraktive Gelegenheit für den Einsatz des Kredits entdeckt haben, für den sie gerade in letzter Zeit nur wenig Anlagemöglichkeiten haben aufreiben können: Mit ihrem Einstieg blüht der Geschäftszweig erst richtig auf und schreitet die technische Fähigkeit der Fracker voran, die hohen Preise auf dem Weltmarkt auszunutzen. In nur wenigen Jahren haben die USA darüber den Sprung zum derzeit weltgrößten Produzenten von Öl und Gas geschafft.

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15 € 127 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Die neue Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über www.gegenstandpunkt.com oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. www.libreka.de.

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2012 sind auf www.gegenstandpunkt.com frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

Politik mit Flüchtlingen Deutsche Drangsale auf dem Weg zur globalisierten Nation

Der anhaltende Zustrom und die Menge der schon angekommenen Flüchtlinge aus zahlreichen Kriegs- und Armutsregionen der Welt regt Deutschland ziemlich auf. Den Forderungen nach Schließung der Grenzen und Änderung der Asylpraxis, Ausweisung illegal Eingereister oder zumindest Einführung einer Höchstzahl für Einwanderer hält die Bundeskanzlerin seit Monaten ihren Standpunkt entgegen: Eine Abschottung der deutschen Grenzen sei praktisch nicht machbar und politisch nicht erwünscht, der auch von ihr als problematisch erachtete Massenzustrom müsse langfristig, mit den Partnerstaaten in und außerhalb der EU geregelt werden, eine Obergrenze für Zuwanderer könne und wolle sie deshalb derzeit nicht benennen; zumal sie weiterhin der Überzeugung sei, „dass wir das schaffen“.

weitere Themen:

Stichwort: Gerechtigkeit

Türkische Parlamentswahlen 2015 Werdegang und Mission des Recep Tayyip Erdoğan

Chinas Fortschritte auf dem Weg zur Geldmacht und Weltmacht Zwei Seidenstraßen – eine Asiatische Entwicklungsbank (AIIB) – Inselstreit und Aufrüstung

Das Baltikum – drei Kleinstaaten mit großem Auftritt

BILD und die „Macht der Bilder“ – intellektuelle Bekenntnisse zur Antiintellektualität nationalistischer Gesinnungspflege

BILD als Anführer der „Willkommenskultur“: Eine Million Kronzeugen für Deutschland!

www.farbeROT.de

- Audioarchiv mit Mitschnitten unserer Vortragsveranstaltungen und Radiosendungen im mp3-Format.
- Textarchiv mit Artikeln zu Kapital, Staat, Imperialismus und Wissenschaft; sowie allen Ausgaben der farbeROT-Zeitung und Flugblättern.
- Aktuelle Informationen zu allen von uns angebotenen und empfohlenen Diskussionsterminen, Lesekreisen und Vortragsveranstaltungen.



Glanzeleistungen ... ▶ auf die Großtaten des Dritten Reichs anspielt, dann stellt sie ihre politischen Entscheidungen in einen historischen Zusammenhang, der von ihrer Größe zeugt und ihr unbedingte Zustimmung sichern soll. Sie wird schon wissen, warum sie dieses große Kaliber bemüht: Es gehört schließlich zum Weltbild der Mehrheit in ihrer eigenen Partei, alles, was einem an Deutschland missfallen kann, der Überfremdung der Nation durch illegale Ausländer und sonstige Migranten zur Last zu legen. Mit ihrer Ansage: „... dann ist das nicht mein Land!“ will sie diesen Widerständen von vornherein den Schneid abkaufen.

Das geht schief. Gegen ihr „freundliches Gesicht“ wird aus Regierungskreisen entschiedener *Einspruch* erhoben: „Das ist nicht zu verkraften“, „das war ein Fehler!“ tönt der Vorsitzende der kleinen Schwesterpartei. Vor lauter Gastfreundschaft und Humanismus, so sein Vorwurf, ignoriert und überschreitet die Kanzlerin – pflichtwidrig und leichtfertig – die „Grenzen der Belastbarkeit“.

Welche Grenzen meint er eigentlich? Die Belastung der freiwilligen Helfer, die bis zur Erschöpfung Decken verteilen? Oder die seiner Polizisten, die haufenweise Überstunden schieben? Der Bürgermeister, der Landratsämter? Ja, einerseits schon irgendwie auch; aber wenn er nur das im Blick hätte, dann hätte er ja selbst die Mittel in der Hand, Entlastung zu organisieren. Als Vorwurf an die Flüchtlingspolitik der Chefin des Landes taugt das alles nur, insofern er mehr das Große Ganze, das deutsche Volk im Sinn hat. Angespielt wird schon eher auf Belastungen, die der Masse seiner Adressaten gleich vor Augen stehen, wenn die Grundeigentümer sich zu Wort melden und Subventionen für mehr Mietwohnungsbau fordern und wenn prompt auch die Unternehmer großzügig ihre Hilfe anbieten – „aber nur ohne Mindestlohn!“, versteht sich. Die vielen anderen Menschen im Land, die weder Baugrund noch eine Firma haben, hören gleich die Erinnerung an die Lasten ihres alltäglichen Kampfes um Wohnung, Lohn und Arbeitsplatz, also an ihren konkurrenzgeschädigten Materialismus heraus – und sollen das auch. Aber wenn es wirklich um den ginge, hätte Seehofer weit sachlichere Anlässe, „Grenzen der Belastbarkeit“ auszurufen, als ausgerechnet die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die ganz bestimmt weder Wohnungen noch Arbeitsplätze zu vergeben haben, geschweige denn für das Zahlen von Löhnen zuständig sind.

Worauf Seehofer abzielt, das ist derselbe gemeine Fehlschluss, den die Kanzlerin kennt und mit ihren Lobpreisungen für das großartige Deutschland für sich vereinnahmen will: der Fehlschluss von den Nöten, die das System der Konkurrenz um die elementaren Lebensbedingungen Gelderwerb und Wohnraum erzeugt, auf Fremde, denen auch nichts anderes bevorsteht, also auf zusätzliche Konkurrenten *von außen* als die Verursacher aller einschlägigen Drangsale. Die Grenzen der Belastbarkeit sind demnach solche der Belastung des patriotischen Gemüts, das „die Fremden“ für alle Belastungen verantwortlich macht. Seehofers verlogener Appell richtet sich an den Geist des Nationalismus, der alle Härten der Konkurrenz im Dienst an der dafür zuständigen Staatsgewalt im Namen der Heimat heiligt und sich als Gemeinschaftsgefühl in der Ausgrenzung „Fremder“ am besten gefällt: Fremdenhass als das Remedium – das nichts heilt, sondern nur auf lauter Enttäuschungen schließen lässt, die zur deutschen Konkurrenzgesellschaft für ihre Insassen offenbar zwangsläufig dazugehören. Wenn Seehofer mit der größten Selbstverständlichkeit daran „erinnert“, dass „die Stimmung des Volkes zu kippen droht“, als wenn das eine natürliche Regung wäre, dann beruft er sich auf eben diesen Kollektivgeist patriotischer Bürger und gibt zu erkennen, wie sehr sich der Staat auf den verlässt.

Aber so leicht lässt die Kanzlerin sich nicht von ihrem Kurs abbringen. Der hat nämlich einen *politischen Inhalt*, und den verrät sie nebenher auch noch:

„Wir sprechen in einer Zeit, in der Europa wieder eine große Herausforderung zu bewältigen hat. Es ist eine Bewährungsprobe historischen Ausmaßes ... das zu schaffen, ist eine europäische und letztlich eine globale Aufgabe.“

Was im Klartext heißt, dass „wir es“ schaffen, wenn Deutschland in Europa die Maßstäbe setzt,

wie mit dieser Fluchtbewegung umgegangen werden muss. *Dafür* steht der hohe Wert des Humanismus der deutschen Nation: für ein Stück Europa- und Weltpolitik. Wenn es hierzulande schon keiner kapiert, Frau Merkels Amtskollegen aus den Nachbarstaaten merken es sofort.

Das Ganze mündet in *die Sache*, um die es in der Demokratie immerzu geht: die Konkurrenz der Führungsfiguren um die Macht. Highlight in diesem Gezerre ist die Konfrontation zwischen Seehofer und Merkel auf dem CSU-Parteitag. Viel wichtiger als das vielbeweinte Schicksal von Millionsten Flüchtlingen ist da auf einmal die Viertelstunde, in der Seehofer Merkel „auf offener Bühne abkanzelt“. Zu der Schägigkeit dieses permanenten demokratischen Machtkampfs gehört zugleich dessen Veredelung zum *Kampf um Werte*. Merkel steht für die Idealisierung ihrer Politik zur praktizierten Moral der „Hilfe für die Schwachen“, die „wir uns schuldig“ sind; weltweite Nächstenliebe als letztlcher Grund für die Politik, die sie macht – woran bei aller Verlogenheit der Standpunkt der nationalen Stärke und Größe noch deutlich genug hervortritt. Seehofer repräsentiert dagegen den Standpunkt, dass an „den Werten“, worin auch immer sie bestehen mögen, allein entscheidend ist: es sind „*unsere*“, nicht die der Migranten, die daran erst angepasst – nämlich „integriert“ – werden müssen. Ein kleines Possessivpronomen – und schon ist klargestellt, wer hierzulande erstens das Sagen und zweitens ein allerhöchstes Recht darauf hat und wer drittens zu parieren hat. So erteilen die Kanzlerin und ihr bayerischer Ministerpräsident in ihrem Streit auch noch eine aufschlussreiche Lektion über die Werte Europas.

Ist dieser Werte-Diskurs noch zu toppen? Aus dem richtigen Anlass: ja.

Europas Kampf um die Werte – „nous sommes unis“

Das Jahr neigt sich seinem Ende zu – und beschert Deutschlands Herrschaften noch einen ganz besonderen Auftritt. Zwar nur einen in der zweiten Reihe, dafür in der denkbar größten Angelegenheit.

Da gibt es nämlich an einem Freitagabend einen Terroranschlag in Paris: Bombenanschläge neben dem Stadion, in dem gerade ein deutsch-französisches Fußballfreundschaftsspiel läuft, Schießereien in Bars und Cafés, eine stundenlange Exekution bei einem Rock-Konzert; in der Summe 130 Tote. Und sofort ist klar: „*nichts ist mehr wie vorher*“. Mit Paris „*ändert sich alles*“.

Wieso eigentlich?

Rein sachlich genommen reiht der Anschlag sich ein in eine ganze Kette terroristischer Großaktionen: gegen ein Schiitenviertel in Beirut, gegen russische Touristen im Sinai-Flieger, gegen oppositionelle Kurden und deren Sympathisanten in der Türkei, gegen Christen in Nigeria; und die Terroropfer im Irak zählt schon längst niemand mehr... Mit Paris kann man die aber gar nicht vergleichen. Pariser Opfer stehen mit ihnen völlig selbstverständlich nicht auf einer Stufe.

Was macht den Unterschied?

Auf den ersten Blick ist klar: Paris ist einem Deutschen, einem zivilisierten Mitteleuropäer unmittelbar nah; dort ist es im Prinzip wie hier. Und jedenfalls ganz anders als da, wo die Leute sowieso ganz anders leben. Wo in ihrem Alltag so viel Elend und Gewalt herrscht, dass sie daran irgendwie gewöhnt sind. Für solche Leute spendet man – vielleicht; aber auch das bestätigt nur: So richtig vom eigenen Schlag sind die nicht. Für die ändert sich mit einem Massenmord mehr nicht so viel – und für den Gang der Weltgeschichte schon gar nicht.

Das ist anders, wenn es gesittete Europäer trifft; noch dazu, wenn die sich gerade einem gesitteten Feierabend hingeben. Da ist nämlich nicht bloß der abendländische Bürger, der sich ganz gut selbst als Kunde in einem Pariser Bistro vorstellen kann, gefühlsmäßig betroffen. Da sind sofort die Figuren, die den Gang der Weltgeschichte professionell managen, mit einer Diagnose geistig vor Ort. Die Repräsen-

tanten europäischer Staatsgewalt identifizieren mit der Autorität ihres Amtes das eigentliche Anschlagopfer, und zwar links wie rechts des Rheins dasselbe: *unsere Werte*.

Welche?

Das erklären die dafür Zuständigen ganz locker mit einem Blick auf die heile Welt aus Fußball und Konzerten, Bars und Flaniermeilen, über die der Terror „hereingebrochen“ ist: Ziel der Anschläge ist „*unsere Lebensart*“. Die ist, so – nämlich von den kommandierenden Herren dieser Lebensweise durch die Brille ihrer terroristischen Feinde – betrachtet, nicht mehr das, was sie ist: das Absacken nach einem Alltag des Gelderwerbs, die bemühte Kompensation der gewohnten Drangsale der Konkurrenz, der kleine Luxus, den man sich gönnt, wenn schon sonst nicht allzu viel läuft... Aus höherer Warte besichtigt sind die Vergnügungen des Alltags erstens der wahre und eigentliche Inhalt abendländischer Lebensart – also nicht die Hetze des Berufslebens, nicht die Armut derer, die noch nicht einmal ein Berufsleben haben, sondern die Freizeit, die dann noch übrig bleibt, und der Spaß, den man sich dann noch leisten kann. Zweitens steht dieser banale Inhalt nicht für sich selbst, sondern dafür, dass der Mensch im Abendland das alles *darf*: für die *Freiheit*, die er dort genießt, wo sein Staat sie ihm lässt. Und weil Freiheit und Vergnügen in Paris in so idealer Weise zusammenfallen, ist drittens klar, dass sich dort Bahn bricht, was im Grunde jeder Mensch sich von tiefstem Herzen wünscht, also die unverfälschte Menschennatur freigesetzt und verwirklicht ist. Womit das Wichtigste an „*unseren Werten*“ klargestellt wäre: das *Feindbild* vom bösen Fanatiker, der sich am Wesen des Menschen schlechthin vergeht. Und noch wichtiger: das Bild von der Staatsgewalt als Hüter der menschenwürdigen Freiheit, mit dem die Vertreter dieser Gewalt *sich* ins Spiel bringen.

Denn denen kommt es ja auch dann, wenn sie vor einer trauernden Gemeinde ihre Reden

halten, weder auf die Freizeitsitten ihrer angepassten Jugend noch auf die *conditio humana* als solche an, sondern auf die Schlussfolgerung, die sich ihnen aufdrängt, die aber auch nur Machthaber von ihrem Kaliber ziehen können: *Sie sorgen dafür*; dass „nach Paris alles anders“ *wird*. Das ist für sie das Entscheidende: Sie beziehen die Gewalttaten der Terroristen auf sich, auf ihr Gewaltmonopol. Sie erklären sich, nämlich ihre durchgreifende Hoheit über die „Lebensart“ ihrer Bürger für angegriffen. Und *sie* machen nicht einfach weiter wie bisher, sondern machen *mobil*. Der französische Präsident ergreift die Gelegenheit und tut, was nur wenige seiner Kollegen tun könnten, ohne sich zu blamieren: Er erklärt „dem Terrorismus“ den *Krieg*, mit einem Bombenflugzeug pro Terroropfer, und weiß auch schon, wo er den führen will, gegen wen – und vor allem: *mit wem*. Die ganze Welt, vor allem aber Europa und hier insbesondere der deutsche Nachbar sind herzlich eingeladen, mit einem umfänglich und längerfristig angelegten nahöstlichen Feldzug dafür zu sorgen, dass die Weltgeschichte wirklich nicht mehr weiterläuft wie zuvor.

An der Stelle hat die Staatsmacht in Berlin ihren Auftritt. Man trauert öffentlich, erklärt sich für mit-terrorisiert und macht für sich aus Frankreichs Kriegserklärung, was man für passend, nämlich für notwendig und hinreichend hält, um für das weitere Weltgeschehen „Verantwortung zu übernehmen“: Berlin *gewährt* dem Partner *Militärhilfe*. Dem Volk buchstabiert man den gerechten Kurzschluss vom Verbrechen auf Rache vor, den sowieso jeder Bürger gut versteht. So moralisch angespornt, macht die Herrschaft den Übergang von der Ordnungsmacht, die sie sowieso immer und überall sein und respektiert sehen will, zur Militanz.

Was für ein schöner Jahresabschluss. ◀



Margaret Wirth, Wolfgang Möhl

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ... Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum

132 Seiten, Format A5, 10 €, ISBN 978-3-929211-14-6

Überarbeitete und erweiterte Fassung des Artikels in
GegenStandpunkt 3-12 und 4-12

Pdf-Ausgabe (seitengleich mit der Druckausgabe): 7 € ISBN 978-3-929211-45-0
Epub-Format für Ebook Lesegeräte: 7 € ISBN 978-3-929211-46-7
Mobi-Format für Kindle Lesegeräte: 7 €

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte Arbeit brauchen. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.